69. Jahrgang Nr. 411

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 1. September 1921

Die Bekämpfung des Rechtsbolschewismus.

Verbot der Sedanfeiern. — Der Widerhall des Uniform-Erlasses.

Berlin, 1. September. (W. T. B.)

Verschiedene Ortsgruppen der deutschnationalen Volkspartei in Groß-Berlin planten für den 1. oder 2. September die Abhaltung von Sedanfeiern, teils in geschlossenen Räumen, teils unter freiem Himmel. Der Polizeipräsident von Berlin hat gegen alle diese Feiern ein Verbot erlassen. Das den einzelnen Ortsgruppen zugestellte Verbot hat folgenden Wortlaut: Hiermit verbiete ich auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 die für den 2. September 1921 geplante Sedanfeier. Das Verbot begründe ich mit folgendem: Mit Rücksicht darauf, daß die von politisch rechtsstehenden Kreisen in jüngster Zeit veranstalteten sogenannten „nationalen Feiern" zur Verherrlichung der Monarchie und zur Verächtlichmachung der deutschen Republik, ihrer verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen mißbraucht worden sind, ist die Besorgnis begründet, daß auch die für den 2. September in Aussicht genommene Sedanfeier dem gleichen Zweck dient und hierdurch den inneren Frieden des Staates gefährden wird.

*

Das Vorgehen des Polizeipräsidenten muß begrüßt werden, da, wie alle Feiern der rechtsbolschewistischen Kreise, auch die Veranstaltungen zum Sedantage nur der Verhetzung dienen. Die außenpolitische Schädlichkeit gerade der Feiern am 2. September ist schon vor dem Kriege auch von uns betont worden, und der sogenannte „Erbfeind" muß endgültig zum Gerümpel einer überwundenen Vergangenheit gehören.

Nach Preußen — Bayern.

Nachdem in allen übrigen Teilen des Reiches der Ausnahmezustand aufgehoben worden ist, wird, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, in den nächsten Tagen durch einen Erlaß des Reichspräsidenten auch in Bayern die Aufhebung des Ausnahmezustandes erfolgen. Bekanntlich sind Maßnahmen, in denen Landesregierungen Ausnahmeverordnungen erlassen haben, nach Artikel 48 der Verfassung auf Verlangen des Reichspräsidenten oder auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.

Die Wirkung des Uniformverbots.

Befriedigung auch bei den Nachbarstaaten.

Wie aus Kreisen der interalliierten Kontrollkommission mitgeteilt wird, hat dort das Uniformverbot der Regierung außerordentlich befriedigend gewirkt, nachdem die verschiedenen nationalistischen Kundgebungen der letzten Zeit in Ententekreisen bereits lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hatten. Man erwartet, daß die Reichsregierung nunmehr auch entsprechende Maßnahmen zum Schutze der Ententemitglieder treffen werde.

Die bisher immer ebenfalls der Zeitpunkt für die Provokation und Angriffe der deutschen Nationalisten gewesen wären. Sehr lebhaft begrüßt hätte man es französischerseits, wenn dem Uniformverbot der Reichsregierung gleichzeitig ein strenges Verbot der verschiedenen Regimentsvereine des ehemaligen Heeres und aller nationalistisch-militärischen Feiern gefolgt wäre. General Nollet habe bereits Auftrag aus Paris, diesen seine volle Aufmerksamkeit zu widmen.

England und die Demonstration.

Die Republik steht fest.

London, 1. September. (W. T. B.)

Die Blätter bringen ausführliche Telegramme aus Berlin über die gestrige Kundgebung im Lustgarten. „Times" berichten, diese Kundgebung des republikanischen Geistes sei die überzeugendste, die sich bisher gezeigt habe. Sie sei eine deutliche Botschaft für die Hohenzollern und für ihre Anhänger, daß sie gut tun würden, fern zu bleiben. Die Kundgebung werde vielleicht die Unzufriedenen von der Macht überzeugen, die hinter Wirth stehen werde, wenn sie fortfahren sollte, Verschwörungen zu seinem Sturz und zum Sturz der Verfassung zu schmieden. „Daily Chronicle" meldet aus Berlin, die Ermordung Erzbergers werde eine Konsolidierung der republikanischen Parteien zur Folge haben. „Morning Post" schreibt, die gestrige Kundgebung in Berlin könne als sicherer Beweis dafür genommen werden, daß die Arbeiterklasse sich jeder wilden Abenteuerpolitik widersetze. Die Regierung Wirth müsse durch diese Kundgebung, die ihr bewiesen worden sei, beträchtlich gestärkt werden.

Eine notwendige Ergänzung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Notverordnung der Regierung zum Schutze der Republik bedroht mit dem Verbot solche Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen, in denen die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich gemacht werden. Aus dem Text der Verordnung ergibt sich, daß dabei in der Hauptsache an politische Veranstaltungen ausgesprochen antirepublikinischer Vereinigungen gedacht ist. Es ist gewiß nichts dagegen zu sagen, wenn man den reaktionären Herrschaften, die sich täglich über die Schwäche der Republik lustig machen, einmal mit der von ihnen selbst verlangten „starken Hand" kommt. Es bleibt aber zweifelhaft, ob mit dieser Verordnung eine Spezies der antirepublikanischen Hetze getroffen wird, die deshalb besonders gefährlich ist, weil sie unter falscher Flagge auftritt. Wir meinen die planmäßige monarchistisch-chauvinistische Hetze, die von gewissen „Humoristen" in öffentlichen Variétés und Kabaretts getrieben wird einem Publikum gegenüber, das den Schauplatz dieser Hetze, die Vergnügungsstätten, zu ganz anderen Zwecken aufgesucht hat. Nicht bloß in der dunklen Provinz, nein, auch in dem „roten" Berlin wird dem Republikaner der Besuch solcher Vergnügungsstätten verekelt durch die reaktionären Haßgesänge gewisser Künstler gegen die Republik. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß eine ganze Schar der politisch doch im allgemeinen wenig interessierten „Humoristen" im Solde der Feinde der Republik steht, denn in vielen Fällen wird für solche „Kunstleistungen" noch eine besondere von dem beteiligten Variété nicht bezahlte teure Reklame gemacht. Wir haben schon Feststellungen dieser Art machen können. Man soll die Sache nicht kurzerhand mit der Bemerkung abtun, daß die Mäschen eines Komikers keine politischen Gefahren heraufbeschwören könnten. Nein, gerade die „witzigen" Couplets über die Zustände von heute sind die Quelle der schandbarsten und albernsten Verleumdungen der Republik und ihrer Führer. In der Maske der Kunst und des Humors werden von dem Mann auf der Bühne ganz gemeine Verdächtigungen gegen Ebert, Erzberger und die übrigen Repräsentanten der Republik verbreitet, unterstrichen durch sentimentale Erinnerungen an die vergangene herrliche Zeit der Hohenzollern.

Der Redner in der politischen Versammlung muß seine Worte vorsichtig abwägen, der „Künstler" weiß, daß ihm keiner entgegentreten kann. Die politisch wenig informierte Besucherschaft aber nimmt zum großen Teil die albernen Ebert-Witze für bare Münze und ist empört darüber, daß der Staat von Leuten geführt wird, die jeder Hanswurst ungestraft als Narren, Schufte und Volksverräter kennzeichnen kann. Ich habe feststellen können, daß einer dieser reaktionären Hetzkünstler ganz unverhältnismäßig große Summen für Reklame und eine Clique ausgegeben hat, die darauf gedrillt war, ausschließlich die Hetzlieder gegen die Republik eifrig zu beklatschen. Das war vor dreiviertel Jahren im größten Berliner Variété. In Provinzstädten, wo Störungen durch die Arbeiterschaft weniger zu befürchten sind, wird natürlich die politische Brunnenvergiftung unter dem Deckmantel der Kunst noch viel ärger getrieben.

Soll es so weitergehen? Ich denke gar nicht an eine wilhelminische Zensur für die Vorträge der sogenannten Humoristen; aber wo der Verdacht besteht, daß die Herrschaften im Solde und im Interesse der Feinde der Republik tätig sind, da muß sich jetzt, wo es um Sein oder Nichtsein geht, die Regierung auch gegen solche Dreckschleuderer schützen. Mit Kunst hat die gereimte Hetze wirklich nichts zu tun. Falsch ist auch die Auffassung, daß die Künstler ihr Repertoire lediglich antirepublikanisch zusammenstellen, weil das Publikum es so verlangt. Das Publikum betrachtet ein Variété nicht als den Ort politischer Kundgebungen und es klatscht gedankenlos mit, wenn eine starke bezahlte Clique das Zeichen dazu gibt. Es wäre freilich zu wünschen, daß die republikanisch gesinnten Variétébesucher sich künftig energischer dagegen zur Wehr setzen, daß sie für ihr gutes Geld in ihrer Ueberzeugung beschimpft werden. Aber neben der Abwehr des Publikums muß auch von den Organen der Regierung ein Eingreifen verlangt werden. Die deutsche Republik ist noch nicht so gefestigt, daß sie es den aus dunklen Quellen bezahlten Söldlingen der Monarchisten gestatten kann, einem großen Publikum allabendlich die haltlosesten Verdächtigungen republikanischer Staatsmänner vorzusetzen und daß die Verleumder sich der Verantwortung dadurch entziehen können, daß sie sich auf die „dichterische Freiheit" berufen. Ein Vorgehen gegen Staatsfeinde solcher Art würde vielleicht auch interessante Enthüllungen über die Propagandafonds bringen, aus denen die antirepublikanische Variété- und Kabarettehetze bezahlt wird.

E. K.

Mystifikation oder Verbrecherfrechheit?

„Wir haben den Brenner hinter uns ...."

Karlsruhe, 1. September. (W. T. B.)

Auf der Redaktion der „Badischen Presse" ist heute morgen eine Karte eingetroffen folgenden Inhalts: „Gossensaß, 28. August. Werte Redaktion! In dem Bestreben, den Behörden keine unnötigen Schwierigkeiten zu bereiten, teilen wir Ihnen mit, daß wir den Brenner hinter uns haben. Man mag in Oppenau und Griesbach beruhigt sein und den aufgebotenen Apparat nach Hause schicken. Wir geben Ihnen anheim, von dieser Mitteilung nach Gutdünken Gebrauch zu machen. Punktator."

Diese Karte ist der Staatsanwaltschaft sofort übergeben worden, um festzustellen, ob es sich bei dieser Karte um eine versuchte Irreführung handelt, oder ob tatsächlich die Absender die Mörder Erzbergers sind.

*

Ob es sich hier um eine Mystifikation handelt, oder um ein Ablenkungsmanöver seitens der Komplizen der Täter, oder um tatsächliche Aeußerung der wirklichen Mörder, wird die Untersuchung bald feststellen. Jedenfalls aber ist dieses Dokument charakteristisch für den Geist des Zynismus und der Gesetzesverachtung, wie er heute gewisse Kreise in Deutschland beseelt.

Wilhelm, sei stille!

Eine Warnung vom Haag.

London, 31. August. (W. T. B.)

„Evening Standard" erfährt von maßgebender Stelle, daß das britische Foreign Office die augenblickliche Krise in Deutschland mit der ernstesten Sorge verfolgt, da es im Interesse der Alliierten liegt, daß die Regierung Wirth, die loyal versuche, ihre Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag von Versailles zu erfüllen, an der Macht bleibe. Aus diesem Grunde stelle Downing Street im Haag dar, daß die vor kurzem von dem ehemaligen Kaiser an seine Anhänger in Deutschland gerichteten aufreizenden Telegramme nach Ansicht der beiden Regierungen einen Bruch der Bedingungen, unter denen dem ehemaligen Kaiser Asylrecht gegeben wurde, bedeuten. Die holländische Regierung hat „Evening Standard" zufolge dem vormaligen Kaiser eine energische Warnung erteilt.

*

Der rechtsbolschewistische Agitator von Doorn wird also in Zukunft den Mund zu halten haben, nachdem er in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse das Asylrecht in Holland zu politischen Umtrieben mißbraucht hat. Sei er zufrieden, daß ihm seine Novemberdesertion geglückt ist, und pflanze er seinen Kohl und seine Erbsen, zu deren Prämiierung wir ihm kürzlich von Herzen gratulierten. Aber lasse er die Finger von der Politik, er hat dreißig Jahre lang bewiesen, daß er doch nichts davon versteht.

Auch Ishii berichtsmüde?

Die Genfer Luft.

London, 1. September. (W. T. B.)

Reuter meldet aus Genf, es bestehe Grund zu der Annahme, daß Graf Ishii nicht den Wunsch habe, in seinem Amte als Berichterstatter bestätigt zu werden. In den Kreisen des Völkerbundsrates herrsche, wie Reuter außerdem berichtet, eine hoffnungsvolle Stimmung bezüglich einer gerechten Lösung der oberschlesischen Frage. Man sei jedoch der Ansicht, daß sich die Beratungen in die Länge ziehen würden.

Heute Oberschlesiensitzung!

Ein Duell Balfour—Bourgeois.

Paris, 1. September. (E. E.)

„Petit Parisien" meldet aus Genf: Die heutige Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates wird um 4 Uhr nachmittags beginnen und einen sehr ruhigen Verlauf nehmen, da die allgemeine Ansicht dahin geht, daß man methodisch vorgehen wolle. Die Hauptdebatte wird sich zwischen Bourgeois und Balfour abspielen, während die übrigen Mitglieder des Völkerbundsrates wahrscheinlich große Zurückhaltung beobachten werden. Eine entscheidende Stimme wird der Marquis Imperiali haben, von dem man nicht weiß, ob er neuerdings die Sforza-Linie vorschlagen oder sich auf den Standpunkt Bonomis und Della Torrettas stellen werde. Jedenfalls aber dringt auch Imperiali darauf, daß über die Angelegenheit einstweilen das strengste Stillschweigen bewahrt werde. Auf Antrag Ishiis und Bourgeois' hat der Völkerbundsrat bereits im voraus den Plan für seine Sitzungen festgelegt. Die heiklen Punkte sollen einer nach dem anderen in privaten Gesprächen behandelt werden, und die Vollversammlungen werden nur das Ergebnis dieser Unterhaltungen zu verzeichnen haben. Der Frage des Vorgehens in der oberschlesischen Frage wird die heutige Sitzung gewidmet sein. Man wird darüber entscheiden, ob man sich an die Protokolle halten wird, die der Oberste Rat übermittelte oder ob man eine direkte Untersuchung in Oberschlesien vorziehen würde.

Was die ordentlichen Verhandlungen des Völkerbundes anbelangt, so werden sich diese namentlich um die Abrüstung drehen. Der französische Generalsekretär der Gewerkschaftskommission, Jouhaux, wird die Frage der Einschränkung der Rüstungen aufwerfen. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß man einer bestimmten Klasse von Industriellen nicht die Erlaubnis geben solle, Kriegsmaterial zu erzeugen und dadurch die Aussicht auf einen neuen Krieg zu vermehren. Auch Bourgeois will wiederum seinen letzten Vorschlag einbringen, eine genaue Kontrolle einzuführen und Berichte zu verlangen, welche die verschiedenen Staaten dem Völkerbunde über ihre Rüstungen zu erstatten haben.

Litauische Flugzeuge von Polen genommen. Ueber Wilna erschienen drei litauische Albatros-Flugzeuge, was eine Verletzung der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages darstellt. Durch Artillerie- und Maschinengewehrfeuer wurden zwei der Flugzeuge zum Landen gezwungen; sie blieben jedoch unbeschädigt und wurden dem Flugzeugpark der Zeligowski-Armee einverleibt.

Bayerisches.

München, 1. September. (T. U.)

Das Landgericht München hat die Beschwerde der „Münchener Morgenpost" gegen das über sie verhängte Verbot abgelehnt.

Ein seltsames Verbot.

Postbureaukratie gegen Republik.

Wie uns aus Postbeamtenkreisen mitgeteilt wird, kam ein Mitglied des Beamtenausschusses beim Packetpostamt bei dem Amtsleiter Mydrack um Genehmigung zum Aushange nachstehenden Aufrufs ein:

„Dienstfreie Kollegen!

Demonstriert heute um 4½ Uhr nachmittags im Lustgarten Mann für Mann gegen den politischen Meuchelmord und für die Festigung der Republik!"

Der Aushang dieses Aufrufs wurde energisch verboten. Wir wissen nicht, unter welcher Begründung dieses Verbot erfolgte, aber die Tatsache allein ist schon empörend genug.

Der Jude als Frontkämpfer.

Statistische Zahlen gegen Lügen.

Der Nationalverband deutscher Offiziere und der Verband nationalgesinnter Soldaten haben am vergangenen Mittwoch im Berliner Stadion nach großem Reklamegeschrei einen „Frontkämpfertag" abgehalten, der das jattsam gehörte Geschrei nach Rache brachte. Die beiden veranstaltenden Verbände legen unter dem Zeichen des Hakenkreuzes und gedachten bei ihrer Feier aus ganz bestimmten agitatorischen Gründen nicht der jüdischen Frontkämpfer. Der Anhang dieser im militaristischen Großmachtdünkel lebenden Organisationen schiebt immer und immer wieder einen großen Teil der Schuld am Verluste des Krieges auf die Juden, die im Kriege nicht schade genug waren – in ganz demselben Maße wie jeder andere Staatsbürger — vor die feindlichen Kanonen gestellt zu werden.

Es lohnt sich gerade in diesen Tagen vielleicht, auf eine kleine Schrift hinzuweisen, die sich mit den deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914—1918 beschäftigt. Die von Dr. oec. publ. Jacob Segall geschriebene statistische Studie bringt eine so glänzende Widerlegung des Märchens, der Jude hätte nur in der Etappe und in der Heimat gesessen, daß man jedem indifferenten Bürger der deutschen Republik empfehlen möchte, sich an einem Abend mit dieser durch erläuternde Tabellen sehr gut zusammengestellten Schrift zu beschäftigen.

Im Jahre 1919 erschien in einem Münchener Verlage eine Broschüre von Otto Arnim, die eine statistische Untersuchung nach amtlichen Quellen sein sollte und nur den Zweck verfolgte, die Bevölkerung zu verhetzen und die Schuld von den wahren Schuldigen abzuwälzen. Als Leitwort hatte diese Schrift den Talmudspruch: „Wenn du in den Krieg ziehst, so gehe nicht zuerst, sondern zuletzt, damit du zuerst heimkehrst!" Das Material, das in diesem Buch verarbeitet wurde, stellte sich als eine Fälschung von Zahlen dar. Zudem hatte der Verfasser nur Unterlagen verwendet, die aus dem Jahre 1916 stammten. Arnim — der deutschvölkische Hetzer — unterschiebt den Juden Fälschungen der vom Kriegsministerium befohlenen statistischen Feststellung der jüdischen Mitkämpfer und des Aufenthalts derselben. Das Büchlein wurde auf Grund der in jeder Beziehung unwahren Angaben und wegen seiner verhetzenden Tendenz verboten.

Einige Zahlen aus der Statistik, die Dr. Segall zusammengestellt hat, mögen reden. Nach der Volkszählung von 1910 lebten in Deutschland 583 566 Juden — am Kriege haben nach den amtlichen Feststellungen teilgenommen: 84 582, das sind 15,66 %. Durch die Statistik wurden nicht erfaßt: die in Posen, Hamburg und Elsaß-Lothringen wohnenden Juden. Im Jahre 1910 wohnten in diesen drei Teilen des deutschen Reiches 76 467 Juden. Man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß der Prozentsatz der jüdischen Kriegsteilnehmer gerade in diesen Teilen größer als der Durchschnitt ist. Nimmt man aber nur den Durchschnitt an, so erhöht sich die Zahl der Kriegsteilnehmer um 11 975 auf 96 327. Es haben also annähernd 100 000 deutsche Juden im Heere bzw. in der Marine am Weltkriege teilgenommen. Nach den statistischen Unterlagen haben davon fast 80 000 an der Front gestanden — das sind vier Fünftel aller jüdischen Krieger.

Zirka 12 000 Juden haben die Heimat nicht wiedergesehen. Der achte Teil der jüdischen Kriegsteilnehmer hat also sein Blut für das Vaterland gelassen. 35 000 Juden sind Kriegsdekoriert, 23 000 wurden befördert, darunter 2000 zu Offizieren.

Diese amtlichen Zahlen sprechen für sich.

Ein Etappennachspiel. Der Brüsseler „Soir" meldet, daß es in Ciney zu lebhaften Zwischenfällen kam, als ein früherer Chef der Kommandantur von Ciney namens Ulstrunk, die eine Dame aus Ciney geheiratet hatte, dorthin zurückkehrte. Ulstrunk wurde erkannt und geschlagen. Mit blutüberströmten Gesicht konnte er sich in das Bureau des Bahnhofsvorstehers flüchten, wo er von der Gendarmerie befreit wurde. Seine Frau wurde gleichfalls mißhandelt. Die Menge nahm weiter eine drohende Haltung ein, so daß die Gendarmerie ein Automobil herbeiholen mußte, in dem der deutsche Offizier unter dem Schutz von Gendarmen mit unbekanntem iZel davonfuhr.

Auch die Provinz steht zur Republik.

Die Kundgebungen im Reiche.

Frankfurt a. M., 31. August. (W. T. B.)

Hier fanden auf dem Opernplatz Massenkundgebungen der sozialdemokratischen Parteien statt, die ohne Zwischenfall verliefen.

München, 31. August. (W. T. B.)

Die Versammlungen für die Republik und gegen den politischen Mord hatten einen Massenbesuch aufzuweisen. Es gelangte in ihnen eine einheitliche Entschließung zur Annahme. An den Reichskanzler wurde ein Telegramm gerichtet, in dem die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die bayerischen Sonderbestimmungen über den Ausnahmezustand und die Volksgerichte, deren Handhabung die Sache der Republik schädige, von Reichs wegen beseitigt werden. Zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Karlsruhe, 31. August. (W. T. B.)

Annähernd 30 000 Personen nahmen auf dem Marktplatz mit Beifall die Ausführungen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schöpflin und des unabhängig-sozialistischen Staatsministers Johann Junk auf. Sodann bildete sich ein gewaltiger Demonstrationszug, der sich nach seiner Rückkehr auf dem Marktplatz in voller Ruhe auflöste.

Mannheim, 31. August. (W. T. B.)

An der heutigen Massenkundgebung, die von der S. P. D. und U. S. P. D. einberufen war, nahmen rund 35 000 Personen teil.

Elberfeld, 31. August. (W. T. B.)

In den beiden Schwesterstädten Elberfeld und Barmen demonstrierten 50- bis 60 000 Personen für den Schutz und die Sicherheit der deutschen Republik. Im Zuge wurden schwarzrotgoldene und rote Fahnen getragen. Das Barmer Rathaus hatte die republikanische Fahne gehißt. Nach der Versammlung scharten sich Zehntausende zum Zuge durch die Städte. An den Reichskanzler wurde ein Telegramm gerichtet, in dem betont wird, es werde von der Regierung erwartet, daß die Verordnung nicht auf dem Papier stehen bleibe, sondern in die Tat umgesetzt werde. Die Veranstaltung ist ohne Störung verlaufen und hat tiefen Eindruck auf die Bevölkerung gemacht.

Münster (Westfalen), 31. August. (W. T. B.)

Zu einer gewaltigen Kundgebung gestaltete sich die von der S. P. D., U. S. P. D. und den freien Gewerkschaften veranstaltete Demonstration. Mit einem begeisterten Hoch auf die Republik löste sich die Versammlung in Ruhe und Ordnung auf.

Kassel, 31. August. (Eig. Meld.)

An den heutigen Demonstrationen nahmen Tausende von Menschen teil. Landtagsabgeordneter Hauschild-Kassel sprach unter ungeheurem Beifall. Dabei wurde bekannt, daß tagtäglich eine große Anzahl Drohbriefe an Oberbürgermeister Scheidemann gerichtet worden. An einem einzigen Tage gingen sogar 29 Drohbriefe ein, die Scheidemann alle dasselbe Ende androhen, wie Erzberger. Der Polizeipräsident verbot eine Tannenberg- und eine Sedanfeier.

Hannover, 31. August. (T. U.)

An den Demonstrationen nahmen etwa 100 000 Menschen teil. Als der Zug vor der Villa des Feldmarschalls v. Hindenburg vorbeizog, riefen die Demonstranten „Nieder mit Hindenburg und Ludendorff". Ansprachen wurden nicht gehalten.

Hamburg, 31. August. (Eig. Meld.)

An der heutigen Demonstration nahmen an 100 000 Menschen auf dem Heiligengeistfelde teil. Die Demonstration ist vollkommen ruhig verlaufen.

Kiel, 31. August. (Eig. Meldg.)

Die gewaltige Demonstration der beiden sozialistischen Parteien, an der sich auch die Kommunisten beteiligten, ist in völliger Ruhe und Disziplin verlaufen. Zwanzigtausend Personen hatten sich zu einem gewaltigen Zuge zusammengeschlossen und zogen durch die Stadt. Zu Ausschreitungen ist es nirgendwo gekommen.

Leipzig, 31. August. (Eig. Meldg.)

Die heutige Demonstration der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten ist völlig ruhig verlaufen. Etwa 50 000 Personen zogen durch die Stadt, wobei eine Gruppe Kriegsverletzter und Lazarettinsassen besonders auffiel. Die Straßenbahn ruhte zwei Stunden. Sechs Redner forderten in begeistert aufgenommenen Worten zum Widerstand gegen die verbrecherische Reaktion auf.

Breslau, 31. August. (W. T. B.)

Eine vom Bund der Aufrechten für den 1. September angesagte Tannenbergfeier wurde vom Polizeipräsidenten verboten. Auf dem Schloßplatz fand eine Demonstrationsversammlung der Sozialdemokratischen Partei unter Teilnahme des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Nach der Versammlung bewegte sich ein Demonstrationszug zu der Redaktion der „Schlesischen Tagespost" und zur Wohnung des Professors v. Freytag-Loringhoven. Später gingen die Demonstranten ruhig auseinander.

Eine Kundgebung der jungen Demokraten

Der Deutsch-demokratische Jugendverein Groß-Berlin veranstaltet am nächsten Dienstag, 6. September, 8 Uhr abends, eine große republikanische Kundgebung in der Gesellschaft der Freunde, Potsdamer Straße. Staatsminister a. D. Oeser spricht über das Thema „Schützt die Republik!" Gäste sind willkommen.

Die Lohnfrage der Eisenbahner.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes steht vorläufig von weitergehenden Forderungen ab.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat mit 54 gegen 18 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen folgenden Beschluß gefaßt: „Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes erkennt an, daß die Regierung bei den vierzigigen Verhandlungen über unsere Lohn- und Gehaltsforderungen unter dem Drucke und der geschickten Führung der Verhandlungskommission den beteiligten Gewerkschaften beachtenswerte Zugeständnisse gemacht hat. Trotz aller Anerkennung des im Verhandlungswege Erreichten kann er sich jedoch der Auffassung nicht verschließen, daß in einigen ganz besonders wichtigen und grundsätzlichen Fragen die von der Regierung gemachten Zugeständnisse ungenügend sind. Zu ihnen gehört die von der Verhandlungskommission mit aller Entschiedenheit verfochtene Forderung auf Beseitigung der Differenzierung der Ortsklassen für Lohn- und Gehaltsempfänger, sowie die während der Verhandlungen wiederholt geforderte Erhöhung der Kinderzulagen für die Arbeiter und die Ausdehnung der Lohnerhöhung von einer Mark pro Stunde auf die unter 21 Jahre alten Lohnempfänger. Unter Berücksichtigung, daß die bisherigen Zugeständnisse der Regierung nur eine Etappe auf dem Wege zur notwendigen Verbesserung der Einkommensverhältnisse sind, **steht der erweiterte Vorstand im gegenwärtigen Augenblick davon ab, auf weitergehende Forderungen zu bestehen.** Er betont aber mit aller Entschiedenheit, daß die nächste Etappe der Bewegung den von der Arbeiter- und Beamtenschaft erstrebten **sozialen Ausgleich** bringen muß. Für die gegenwärtige Stellung des erweiterten Vorstandes ist nicht zuletzt die Tatsache maßgebend, daß dem Personal der Reichsbahn auf dem raschesten Wege erhöhte Bezüge in die Hand gegeben werden müssen. Ohne also auf die weitergehenden grundsätzlichen Forderungen zu verzichten, erklärt sich der erweiterte Vorstand bereit, der von der Verhandlungskommission mit der Regierung getroffenen Vereinbarung **beizutreten.** Er erwartet, daß die Reichsregierung die **Auszahlung** der vereinbarten neuen Bezüge so rasch wie möglich vornehmen wird.

Zum Schluß gibt der erweiterte Vorstand der Erwartung Ausdruck, daß die Nachbehandlung für die weiblichen und jugendlichen Personen unter 21 Jahren sowie für die Lehrlinge auf dem schnellsten Wege ihre Erledigung finden und vom sozialen Geiste getragen werden wird, und daß die Auszahlung auch für diese Gruppen sofort erfolgt.

Die Arbeiter und Washington.

Ein Aufruf von Gompers.

Atlantic City, 1. September. (W. T. B.)

Gompers veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeiter der Länder, die an der Abrüstungskonferenz teilnehmen werden. Er fordert sie auf, sich darum zu bemühen, daß die Arbeiter in der Abordnung ihres Landes vertreten werden. Er erklärt, daß die Arbeiter mehr als alle anderen einer Erleichterung der Rüstungslasten die größte Bedeutung beimessen, und erinnert daran, daß der erste feierliche Einspruch gegen die Rüstungen von seiten der Arbeiter ausgegangen sei.

Die Briefwage.

Von

Anton Höfer (Türkheim).

Ich glaube an die üblen Folgen böser Wünsche, und das Schicksal unserer Briefwage versetzt mich nachgerade in einen gefährlichen Gemütszustand.

Sie ist ein Geschenk meiner Frau und kostete vor zehn Jahren drei Mark fünfzig Pfennige. Wir waren damals verlobt. Meine Frau hatte eine bitterböse Feindin, eine alte, ledige Dame, die eine Virtuosität im Bereden und Bemängeln alles dessen besaß, was sie nicht leiden mochte. Sie war zufällig gegenwärtig, als meine Frau die Briefwage erstand und fühlte sich alsogleich zu einigen hämischen Bemerkungen und spitzen Reden berufen. — — „Komisch! Eine Briefwage!" Sie lachte giftig. „Wenn Sie den Menschen schon heiraten wollen — hm, nein, wie kann man nur — eine Küchenwage! eine Küchenwage! für den Haushalt! . . . Ist Ihnen die zu teuer? . . . O, du meine Güte! Sie werden Ihre Butter auf einer Briefwage abwiegen! . . ."

Meine Verlobte weinte. „Ich kaufte die Briefwage doch für dich, für deinen Schreibtisch, nicht für meine Küche," sagte sie. — Ich lachte. „Laß sie reden! . . ."

Wir waren noch unverheiratet. Die Alte aber hatte das Zeitliche gesegnet; die Briefwage zierte meinen Schreibtisch und tat mit stiller Freundlichkeit ihre Dienste. Die Tränen um sie waren vergessen. Während des Krieges stand sie unter der Obhut meiner Verlobten, wog mit peinlicher Gewissenhaftigkeit den Inhalt der Feldpostpakete bis auf das zulässige Höchstgewicht ab und kam dann, als wir uns endlich zusammenfanden, wieder in meine Hände, auf meinen Tisch.

Jedermann wird mit gütiger Nachsicht einen Haushalt betrachten, der in jenem Jahre des Unheils gegründet wurde, wird den Mangel an etlichen Kleinigkeiten in Küche und Kammer entschuldigen. —

Ich bemerkte eines Tages auf meiner Schreibtischplatte Spuren von Mehl, Streuzucker und Grieß, blies die Stäubchen gedankenlos mit Radiergummiabfällen von hinnen, als ein wüster Fettfleck auf meinem Löschblatte schlimme Ahnungen in meinem Herzen weckte. — Meine Frau trat ins Zimmer. Ich fragte. —

„Mehl? Zucker?" erwidere sie, „möglich, ich habe gewogen."

„Gewogen?? Wieso?"

„Nun, ich habe keine Küchenwage — — und da . . ."

„Die Briefwage wird als Küchenwage benützt?? . . . Komisch!!" Ich griff mir an den Kopf . . . eine Erinnerung . . .

„Wie soll ich mich zurechtfinden," verteidigte sich meine Frau, „wenn ich dir Eierkuchen backen soll? —"

„Allerdings!" . . . Heimlich schielte ich nach der Briefwage. Mir war's, als hade, hämisch grinsend, die böse Alte — en miniature — auf der Messingplatte und wippe vergnügt auf und nieder. — Ich mag dabei etwas blaß geworden sein. Meine Frau strich mir zärtlich übers Gesicht. „Erschüttert dich das so sehr?" — Sie lachte.

„Warum kaufst du keine Küchenwage?" verfetzte ich unfreundlich. „Weißt du, was eine Küchenwage jetzt kostet?"

„Doch wohl kein Vermögen."

„Hm!" —

Nachmittags wanderten wir von einem Geschäft zum anderen, kehrten, beinahe tiefsinnig geworden, nach Hause zurück: eine Küchenwage kostete ein Vermögen!

Es blieb beim alten. — Wir waren uns aber darüber klar geworden, daß ich leichter meine Briefe in der Küche wiegen könne, als meine Frau ihre Butter auf meinem Schreibtisch. Die Briefwage kam in den Küchenschrank.

Unter unwürdigen Verhältnissen litt sie zusehends. Sie setzte Rost an, wurde in der unpassenden Umgebung matt und trübe. Die Arbeit war für ihre zarten Glieder zu streng. Oft betrachtete ich sie sinnend. Ich träumte von ihr, und von Zeit zu Zeit quälte mich die Vision, jene hämische Alte . . .

Das ertrug ich nicht lange. — Wir beschlossen den Kauf einer Küchenwage allen Widerwärtigkeiten zum Trotz. — Küchenartikel waren unterdessen wieder im Preise gestiegen — stürzten uns in Schulden und erstanden ein mächtiges Gerät für neunundsiebzig Mark achtzig Pfennige — ohne Garantie!

Mit Hilfe eines amerikanischen Idealputzmittels erhielt die Briefwage beinahe ihr früheres Aussehen. Stolz stand sie auf meinem Schreibtisch. — Meine Frau aber wog und wog.

Ich hatte es vorausgesehen: Kriegsware! — Es stimmte nirgends. Kein Kuchen geriet. Wogen wir das Fleisch vom Metzger noch, war das Gewicht stets zu gering. Das ging nicht mit rechten Dingen zu. Des Metzgers Ehrlichkeit war über jeden Zweifel erhaben. — Verdruß über Verdruß!

Eines Tages: Mehlspuren auf meinem Schreibtisch. Die alte Dame saß und wippte . . . Ich griff nach der Stirn, rief meine Frau.

„Du hast gewogen!! Das bitte ich mir aus! Wozu hast du deine Küchenwage??"

„Sie stimmt nicht! Du weißt es doch. Gestern muß etwas an ihr gebrochen sein. Es tat einen Schnapper . . ."

„Einen Schna . . . Himmel!!" Ich stürzte in die Küche. Richtig, es schnappte.

Das Dienstmädchen trug sie zum Mechaniker. Drei Wochen stand meine Briefwage wieder in der Küche.

Die Reparatur kostete sechzehn Mark zwanzig. — Ich fluchte . . . Die Wage wog drei Tage sehr genau. Am vierten nachmittags gegen fünf Uhr in der Küche ein fürchterliches Getöse! Ich renne. Meine Frau steht händeringend vor dem Ungetüm. — „Ich glaube . . . ich glaube," stotterte sie, „die Feder ist ab."

„Wie, die Feder!! Was hast du gewogen?"

„Unsere Markenbutter . . ."

Ich war stumm vor Wut.

Die Küchenwage ist seit einem halben Jahre in der Fabrik. Wie wird sie zurückkommen! Was werde ich bezahlen müssen! Wie wird das noch enden! — Solche Gedanken peinigen mich unausgesetzt. Meine Briefwage steht in der Küche. Ich mag sie nicht mehr ansehen. Die verd . . . Alte sitzt grinsend darauf und wippt und wippt . . .

Deutsches Opernhaus. Infolge der Verlängerung der Polizeistunde konnte im Charlottenburger Opernhause einem längst gehegten Wunsche der Besucher Rechnung getragen werden. Die Vorstellungen werden vom 1. September an in der Regel statt um 7 Uhr erst um 7½ Uhr beginnen. Für Opernaufführungen, die eine längere Spieldauer bedingen, wird der Anfang um eine halbe, bzw. eine volle Stunde früher angesetzt werden.

Schule und Beruf. Zu einer dritten öffentlichen Tagung lädt der Bund entschiedener Schulreformer nach seinen beiden Lenzwiger Tagungen (30. September bis 2. Oktober „Jugendbildung und Wirtschaftsreform", 3. Oktober „Völkerversöhnung durch Erziehung") nach Offenbach a. M. für den 6. und 7. Oktober ein. Es soll die Frage der Berufsschulung und des Berufsschulwesens untersucht werden. Redner sind: Karl Bröger, Robert Wilbrandt, Paul Oestreich, Alexander Knoll, Olga Rasig, Dr. Herring, Hugo Sinzheimer. Zuschriften an Stadtverordneten W. Jöseph, Offenbach a. M., Stiftstraße 64.

Kunstgemeinde Groß-Berlin. Die Kunstgemeinde Groß-Berlin veranstaltet in der Hochschule für Musik eine Anzahl „Meisterkonzerte" zu volkstümlichen Preisen, zu denen bedeutende Solisten der Staatsoper und des Deutschen Opernhauses gewonnen sind, auch sechs Orchesterkonzerte unter Leitung von Generalmusikdirektor Leo Blech werden stattfinden. In den Vororten Schöneberg, Friedenau, Steglitz, Zehlendorf, Tempelhof usw. finden Kunstgemeindeabende (Konzert- und Vortragsabende) statt. Auch hierzu haben hervorragende Künstler zugesagt.

Groß-Berlin

Köhns Jünger bei neuen „Gründungen".

Geschäfte im Effektenhandel und mit Kriegsanleihen.

Frühere Angestellte von verkrachten Wettkonzernen haben sich jetzt auf ein anderes Geschäft geworfen. Selbstverständlich wollen sie dabei ihre erworbenen Kenntnisse verwerten und in der Methode bleiben, weil sie glauben, daß die Dummen nicht alle werden. Sie versprechen den Leuten, die schnell ihr Geld vermehren oder — los werden möchten, riesige Dividenden im Effektenhandel.

Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes warnt in einer Zuschrift vor verschiedenen derartigen Unternehmungen und weist auf ein Bankkommissionsgeschäft von Bernhard Oettmeyer in Dresden hin, das die finanzielle Leitung einer internationalen Montangesellschaft m. b. H. in Händen hat und gutgläubigen Einlegern eine Kapitalverdoppelung binnen zwei Monaten sowie die Abgabe von Montananteilen mit garantiert 50 Prozent Jahresdividende in Aussicht stellt. Der Inhaber dieser Firma ist früher als Vertreter des Köhn-Konzerns tätig gewesen. Eine zweite Bankgründung ist die Firma Otto Hoffmann u. Co., Skaliter Straße 2 in Berlin, deren Hauptgeschäftsführung gleichfalls ein Köhn-Vertreter Heinz Greggersen, inne hat, der sich Kunden und deren Kapital dadurch zu verschaffen sucht, daß er Kriegsanleiheinhabern eine vorteilhafte Verwaltung und Verwertung ihrer Kriegsanleihe anbietet. Auf seinen Geschäftsbogen bezeichnete er eine angesehene Bank, bei der er nie ein Konto hatte, als seine Geschäftsverbindung, so daß diese genötigt war, ihm dies durch gerichtliche Verfügung verbieten zu lassen. Diese Firma verspricht ihren Einlegern bei monatlicher Kündigung 3 Prozent Zinsen pro Monat, bei dreimonatlicher Kündigung 4, bei sechsmonatlicher Kündigung 5 Prozent pro Monat. Sie sucht erstklassige Vertreter, „welche mit ihr davon überzeugt sind, daß ein reelles Bankgeschäft eine monatliche Verzinsung in dieser Höhe bieten kann, wenn es will".

Nach den Erfahrungen mit den Wettkonzernen und Sportbanken sollte man glauben, daß sich die Spekulation auf die Dummheit nicht mehr lohnen würde. Die erfahrenen Jünger Köhns und Genossen scheinen aber anderer Meinung zu sein, und sie müssen schließlich ihr Publikum kennen. Es ist Pflicht, vor diesen neuen „Unternehmungen" zu warnen; wer nicht darauf hören will, mag durch Schaden klug werden.

Der Spätverkehr der Eisenbahn.

Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr treten von heute ab auf einer Reihe von Strecken aus Anlaß der Einführung der neuen Polizeistunde wichtige Fahrplanänderungen ein. Nachstehend geben wir eine Uebersicht über die auf den einzelnen Strecken verkehrenden letzten Züge. An Wochentagen: Ab Bahnhof Friedrichstraße: nach Niederschöneweide 12 Uhr 19 Min., nach Erkner 12 Uhr 23 Min., nach Grünau 12 Uhr 26 Min., nach Hausdorf 11 Uhr 58 Min., nach Lichtenberg-Friedrichsfelde 1 Uhr 18 Min., nach Potsdam 12 Uhr 24 Min., nach Grunewald 1 Uhr 19 Min., nach Westend 12 Uhr 22 Min. Ab Potsdamer Bahnhof nach Lichterfelde Ost 1 Uhr 15 Min., nach Zossen 11 Uhr 48 Min., nach Wünsdorf 10 Uhr 48 Min., nach Wannsee-Potsdam 1 Uhr 10 Min., nach Potsdam-Werder 12 Uhr 05 Min., nach Neukölln 1 Uhr 06 Min., nach Stralau-Rummelsburg 12 Uhr 56 Min., nach Halensee 12 Uhr 49 Min., nach Westend 12 Uhr 19 Min., (nach Charlottenburg 12 Uhr 49 Min. Ab Görlitzer Bahnhof: nach Königswusterhausen 12 Uhr 31 Min. Ab Lehrter Bahnhof: nach Nauen 12 Uhr 35 Min., nach Wustermark 12 Uhr 06 Min. Ab Stettiner Bahnhof: nach Velten 11 Uhr 30 Min., nach Bernau 12 Uhr 10 Min. nach Oranienburg 12 Uhr 50 Min. Ab Charlottenburg nach Spandau-West 12 Uhr 57 Min. Ab Schlesischer Bahnhof: nach Strausberg 12 Uhr 25 Min. Ab Charlottenburg: nach Beelitz-Heilstätten 11 Uhr 27 Min.

Am Sonntagsverkehr: Ab Friedrichstraße nach Schlesischer Bahnhof 1 Uhr 20 Min., nach Lichtenberg 1 Uhr 18 Min., nach Karlshorst 12 Uhr 40 Min., nach Hausdorf 11 Uhr 58 Min., nach Erkner 12 Uhr 20 Min., nach Grünau 12 Uhr 23 Min., nach Potsdam 12 Uhr 17 Min., nach Grunewald 1 Uhr 19 Min. Ab Potsdamer Bahnhof nach Lichterfelde-Ost 1 Uhr 15 Min., nach Wannsee 1 Uhr 10 Min. (bis Potsdam), nach Potsdam-Werder 12 Uhr 5 Min., nach Zossen 11 Uhr 48 Min., nach Wünsdorf 10 Uhr 48 Min., nach Stralau-Rummelsburg—Schlesischer Bahnhof 12 Uhr 47 Min., nach Halensee—Charlottenburg 12 Uhr 54 Min. Ab Görlitzer Bahnhof 11 Uhr 50 Min. nach Königswusterhausen. Ab Lehrter Bahnhof nach Nauen 12 Uhr, nach Wustermark 11 Uhr 36 Min. Ab Stettiner Bahnhof nach Bernau 12 Uhr 10 Min., nach Oranienburg 12 Uhr 50 Min., nach Velten 11 Uhr 30 Min. Ab Charlottenburg nach Spandau 12 Uhr 57 Min., nach Belitz (Heilstätte) 11 Uhr 27 Min. Ab Schlesischer Bahnhof 12 Uhr 25 Min. nachts.

Gemeinsame Benutzung von Fernsprechleitungen. Nach der vom 1. Oktober ab giltigen neuen Fernsprechordnung ist – im Hinblick auf die noch herrschende Anschlußnot sowie wegen des bestehenden Wohnungsmangels — künftig die gemeinsame Benutzung von Fernsprecheinrichtungen durch mehrere Personen gestattet. Auf Antrag werden solche Personen, Firmen usw. nach dem Ermessen der Telegraphenverwaltung auch in die amtlichen Fernsprechbücher eingetragen. Nebenstellen, die der Inhaber des Hauptanschlusses auf anderen Grundstücken besitzt, werden künftig in das Fernsprechbuch nicht mehr aufgenommen, weil ein Bedürfnis hierfür nicht vorliegt. Das Fernsprechbuch enthält daher fortan die Hauptstellen sowie die Nebenstellen Dritter. Es wird diesen Personen bei der erstmaligen Uebergabe des Anschlusses unentgeltlich ins Haus geliefert. Bei späteren Auflagen ist das neue Buch binnen 14 Tagen gegen Rückgabe des alten bei der von der Telegraphenverwaltung bestimmten Dienststelle abzuholen, da Massenzustellungen bei dem zunehmenden Umfange der Bücher nicht mehr überall mit Hilfe der Briefträger durchführbar sind, zumal viele Teilnehmer gleichzeitig eine größere Zahl solcher Bücher geliefert erhalten. Ueber die Regelung des Altbuchverfahrens erhalten die Teilnehmer rechtzeitig Nachricht. Wird das Buch nicht abgeholt oder die Zustellung gewünscht, so bringt es die Post gegen eine Gebühr von 1,50 M. ins Haus. Das alte Buch muß dabei zurückgegeben werden. Dies ist aus Betriebsrücksichten notwendig, weil durch den Gebrauch veralteter Verzeichnisse sehr viele Falschverbindungen und unnötige Anfragen bei den Auskunftstellen der Fernsprechämter veranlaßt werden. Wird das alte Buch nicht zurückgegeben, so stellt die Telegraphenverwaltung wegen der bestehenden hohen Preise für Altpapier dem Teilnehmer ein Zehntel des Verkaufspreises des Fernsprechbuches in Rechnung.

Wer ist die Tote? An der Museumsinsel wurde heute vormittag um 10 Uhr die Leiche einer unbekannten Frau geländet. Die Tote, die etwa 8 bis zehn Tage im Wasser gelegen haben kann, ist etwa 18 bis 24 Jahre alt und 1,50 Meter groß, hat blondes Haar und lückenlose Zähne. Sie trug eine weiße Bluse mit imitierten Fileteinsatz und rotgehäkelten Rändern, einen blauen Cheviotrock, schwarze Florstrümpfe und schwarze halbe Schnürschuhe und als Kopfschutz einen rosa Seidenschleier. Ihr Hemd trägt das Zeichen F. M. oder M. 3. Die Leiche befindet sich im Schauhause.

Der Millionen-Juwelendiebstahl in einem Hotel am Gendarmenmarkt, über den wir berichteten, ist noch weiter aufgeklärt. Auf die Spur des Täters dürften jedoch die gestohlenen Juwelen führen, falls diese irgendwo zum Verkauf gelangen sollten. Es liegt jetzt eine genaue Beschreibung dieser Schmuckstücke vor. Es handelt sich um 108 verschiedene Brillantringe 188 Fassungen für Brillantringe, 14 goldene Armbänder und 4 goldene Taschen. Alle diese Gegenstände tragen neben dem Feingoldstempel auch den Firmenstempel G. H. Alle Stücke sind feinste Arbeit. Alle Steine, Brillanten, Rubinen und Saphire sowie auch die Perlen sind in Platin gefaßt. Es sind modern gearbeitete Stücke in einfacher und reicher Form. Unter den Ringen befinden sich viele, bei denen der Mittelbrillant noch fehlt. Die vier Handtaschen sind aus vierzehnkarätigem Grüngold gefertigt. Sie sind quergeflochten und haben Saphire als Verschluß. Auf die Ergreifung des Diebes und die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt. Zweckdienliche Mitteilungen sind an die Dienststelle des Kommissars Gennat, Zimmer 102 des Berliner Polizeipräsidiums zu richten.

Die Verbrechen des Lustmörders Großmann

Das Belastungsmaterial häuft sich.

Die Verbrechen des Lustmörders Großmann dürften im Laufe des heutigen Tages ihre restlose Aufklärung finden. Außer dem von Kriminalkommissar Dr. Riemann und seinen Beamten bisher zusammengetragenen schweren Belastungsmaterial, durch das dem Verbrecher vier Mädchenmorde nachgewiesen werden sollen, haben gerichtsärztliche und chemische Untersuchungen der in der Großmannschen Wohnung beschlagnahmten Sachen und Geräte ein für den noch immer hartnäckig leugnenden Verbrecher vernichtendes Resultat gezeitigt. Der Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch hat die in dem Zimmer Großmanns vorgefundenen Aschenreste untersucht und dabei Entdeckungen gemacht, die es außer Zweifel stellen, daß Großmann auch Leichenteile in seiner Behausung verbrannt hat. Sehr wesentlich sind auch die von Nahrungsmittel-Untersuchungsamt vorgenommenen chemischen Untersuchungen der Bank, auf dem Großmann seine Opfer gefesselt und, wie die chemische Untersuchung ergeben hat, auch abgeschlachtet und zerstückelt hat. Die chemische Untersuchung hat einwandfrei ergeben, daß sich an dieser Bank Menschenblut und Fasern von Menschenfleisch befinden. Dieselbe Entdeckung wurde ebenso einwandfrei an untersuchten Messern, sowohl an der Schneide wie auch an den Messergriffen gemacht. Bei der heute angestellten Gegenüberstellung des Verbrechers mit den vielen von der Kriminalpolizei ermittelten und bereits vernommenen Zeugen werden auch diese ärztlichen und chemischen Gutachten dem Lustmörder vorgehalten werden.

*

Jena, 1. September. (T. U.)

Unter dem dringenden Verdacht, mehrere Lustmorde an jugendlichen Mädchen verübt zu haben, wurde der Arbeiter Willi Wenzel von der Polizei verhaftet. In dem Grundstücke des Verhafteten wurden bereits die Leichen zweier Ermordeten ausgegraben. Nach einer dritten Leiche wird noch gesucht. Es wird vermutet, daß der Verbrecher noch mehrere Morde auf dem Gewissen hat.

Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie.

In später Abendstunde ist am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium infolge der neuen Lohnstreitigkeiten in der Berliner Metallindustrie unter Vorsitz des Oberregierungspräsidenten Dr. Cäsar folgender Schiedsspruch gefällt worden:

1. Die Tariflöhne der männlichen Arbeiter über 21 Jahren werden um 75 Pfennig pro Stunde erhöht, die Akkordpasen werden den Einstellungslöhnen gleichgesetzt.

2. Arbeiter von 18 bis 21 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 65 Pfennig pro Stunde.

3. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 30 Pfennig pro Stunde für das 14. bis 15. und 15. bis 16. Jahr, um 45 Pfennig pro Stunde für das 16. bis 17. und für das 17. und 18. Lebensjahr.

4. Arbeiterinnen an Maschinen und Handarbeiterinnen, deren Leistungen mit den Leistungen männlicher Arbeiter nicht verglichen werden können, erhalten eine Erhöhung der Tariflöhne um 50 Pfennig. Die Akkordbasis wird auf 3,75 Mark pro Stunde erhöht.

5. In der Glühlampenindustrie beschäftigte Arbeiterinnen erhalten aus Gruppe I 50 Pfennig des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf 3,95 Mark erhöht. In der Gruppe II ebenfalls 50 Pfennig Erhöhung des Tariflohnes. Die Akkordbasis wird auf 3,75 Mark erhöht.

6. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten im Alter von 14 bis 16 Jahren eine Erhöhung der Tariflöhne um 25 Pfennig pro Stunde, im Alter von 16 bis 18 Jahren um 30 Pfennig pro Stunde.

7. Die Teuerungszulagen werden um 24 Mark erhöht und zwar die Ehefrauenzulagen, wie auch die für jedes Kind zu gewährenden Kinderzulagen.

Bezüglich der einzelnen Akkordsätze infolge der Erhöhung der Akkordbasen gilt, daß bei sämtlichen Akkordbasen, von denen der Arbeiter die neue Akkordbasis erreicht oder darunter bleibt, eine Erhöhung der Arbeitssätze im Verhältnis der neuen zur alten Akkordbasis. Akkorde, bei denen die neue Akkordbasis bereits jetzt um mehr als 20 Prozent überschritten wird, werden nicht erhöht. Akkorde, bei denen der Akkordverdienste zwischen diesen beiden Grenzen liegen, werden nach gleitenden, fallenden Umrechnungssätzen erhöht. Der Umrechnungssatz ist bei Akkorden, bei denen die neue Akkordbasis erreicht wird, das Verhältnis der neuen zur alten Akkordbasis.

Die Zulagen beziehen sich auf die Tarifsätze auf Grund der bereits gewährten Künstler- und Ausgleichzulagen, bleiben auch nach der Erhöhung der Tarifsätze bestehen, soweit sie nicht ausdrücklich unter Vorbehalt gewährt worden sind.

Die Erhöhung tritt mit dem 31. August folgenden Lohnwoche in Kraft.

Die Parteien werden sich am 3. September, nachmittags 5 Uhr, im Reichsarbeitsministerium über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs zu erklären haben.

Ursprünglich hatten die Metallarbeiter eine Lohnzulage von 1 Mark pro Arbeitsstunde gefordert und hatten dann, als die erste Einigung zwischen den Spitzenorganisationen in ihrer Urabstimmung abgelehnt worden war, ihre Forderungen auf 2 Mark erhöht.

Das Musizieren der Militärmusiker. Vom Deutschen Musikerverband wird uns geschrieben: „Für das außerdienstliche öffentliche Musizieren der Militärmusiker sind vom Reichswehrministerium im Benehmen mit dem Deutschen Musikerverband neue Bestimmungen erlassen worden. Es ist freiwillig und soll sich vorzugsweise auf die Veranstaltung musikalisch wertvoller Musikaufführungen der geschlossenen Musikkorps erstrecken. Die Interessen der Zivilberufsmusiker sollen durch die außerdienstliche Musikfähigkeit der Militärmusiker nicht geschädigt werden. Spielaufträge für das Kleinspiel oder Eingaspiel sind nur von dem öffentlichen Arbeitsnachweis anzunehmen. Wo ein solcher nicht eingesetzt ist, sind Spielaufträge mit der örtlichen Kommission — die aus mindestens zwei Zivil- und zwei Militärmusikern besteht — oder den Bezirksvertretern des Deutschen Musikerverbandes zu vereinbaren. Die Forderungen der Militärmusiker sind den Sätzen der Zivilmusiker anzupassen. Bei Ankündigungen in den Tagesblättern ist nur die Benennung des Truppenteils und der Name des Musikmeisters sowie die Heraushebung einiger musikalisch besonders wertvoller Musikstücke zulässig. Uniform darf nur ausnahmsweise angelegt werden. Bei Lohnbewegungen der Musiker haben sich die Militärmusiker jeder Einmischung zu enthalten. Die Musikausübung bei parteipolitischen Veranstaltungen ist den Militärmusikern verboten. Die Militärmusiker sind verpflichtet zum Spielen bei der Truppe, auf Märschen, in Lazaretten und dergleichen. Sie müssen bei der berittenen Truppe als Signalbläser und Meldereiter eventuell auch als Pferdehalter verwendet werden. Die Musik hat dienstlich regelmäßig für die Mannschaften und Unteroffiziere auf dem Kasernenhof zu spielen und je ein- bis zweimal im Monat zu Festlichkeiten des Truppenteils, der Unteroffiziervereinigungen und zu den Zusammenkünften der Offizierkorps. Sportliche Aufführungen der Truppenteile sind Dienst, auch wenn Zivilpersonen, zum Beispiel Frauen der beteiligten Soldaten, daran teilnehmen. Tanzfestlichkeiten werden nicht als Dienst angesehen."

Explosion in einem sächsischen Kohlenwerk.

Borna, 1. September. (T. U.)

Aus bisher noch unaufgeklärter Ursache entstand gestern nachmittag in dem Trockenhause des Wisnitzer Kohlenwerkes bei Borna eine Kohlenstaubexplosion. Drei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, drei andere wurden leichter verletzt. Eine große Anzahl anderer Angestellter erlitt leichte Brandwunden. Es gelang, den entstandenen Brand mit Hilfe der aus der Umgegend herbeigeeilten Feuerwehren zu löschen. Große Anlagen des Kohlenwerkes wurden vernichtet, darunter mehrere Gebäude. Der entstandene Schaden ist sehr groß.

Ein vierfacher Familienzuwachs. In Seehausen in der Altmark zeigen Karl Diedmann und Frau die glückliche Geburt von Vierlingen an. Mutter und Kinder sollen sich den Verhältnissen entsprechend wohl befinden.

Handelsteil

Keine Ersatzlieferung beim Verkauf gestohlener Kriegsanleihe.

Im Juli 1919 verkaufte der Sohn des beklagten Werkmeisters K. in Frankfurt a. M. der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt an deren Schalter für 6000 Mark Kriegsanleihe. Nachträglich stellte sich heraus, daß die gekauften Stücke bereits im „Reichsanzeiger" als gestohlen verzeichnet waren. Auch die vom Berliner Kassenverein herausgegebene Sammelliste der außerfurenen Wertpapiere enthielt schon zur Zeit des Kaufs die Stücke, die nunmehr von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurden. Die Deutsche Effekten- und Wechselbank erhob darauf Klage auf Ersatzlieferung anderer Stücke der betreffenden deutschen Reichsanleihe. Landgericht und Oberlandesgericht Frankfurt a. M. haben die Klage abgewiesen. Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts mit folgenden Entscheidungsgründen bestätigt:

Nach dem Tatbestande des Berufungsurteils hat der Sohn des Beklagten die dort aufgeführten, bestimmt bezeichneten Stücke der 5prozentigen Deutschen Reichsanleihe der Klägerin an deren Schalter verkauft und übergeben. Danach betraf das Kaufgeschäft, das zwischen der Klägerin und einer mit ihr nicht in laufender Geschäftsverbindung stehenden Persönlichkeit als sogenanntes Schaltergeschäft getätigt wurde, Wertpapiere, die in jedem einzelnen Falle gegen Barzahlung angenommen wurden, wie dies auch aus den betreffenden Abrechnungsquittungen vom 3., 4. und 8. Juli 1919 erhellt. Wenn aus diesen tatsächlichen Vorgängen, die hier gemäß § 314 der Zivilprozeßordnung zugrunde zu legen sind, das Berufungsgericht das Vorliegen je eines Spezieskaufes entnommen hat, so ist hierin ein Rechtsirrtum nicht zu erblicken. Auch wenn der Klägerin — wie die Revision meint — an dem Erwerb gerade der bestimmten streitigen Stücke nichts gelegen haben sollte, so sind doch nach obigem nur diese Stücke Gegenstand des Kaufvertrages geworden. Die Ausführung der Revision: offenbar habe der Sohn des Beklagten lediglich Kriegsanleihe zum Tageskurs angeboten und verkauft und es seien sodann (das heißt nach Abschluß von Kaufverträgen über nur der Gattung nach bestimmte Sachen) die Nummern der zur Erfüllung gelieferten Stücke aufgezeichnet worden, widerspricht dem hier maßgebenden Vorbringen in der Berufungsinstanz. Es ist auch nicht ersichtlich, daß auf Grund dieses Parteivorbringens in der Berufungsinstanz der Tatrichter Veranlassung hatte, nach jener Richtung hin von seinem Fragerecht in Gemäßheit von § 139 ZPO. Gebrauch zu machen. Auf die Frage, ob etwa die Klägerin die von ihr verlangte Lieferung gleichartiger Wertpapiere damit begründen kann, daß sie auf Grund eines ihr zustehenden Anspruchs auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Kaufvertrages (§ 440 BGB.) gemäß § 249 BGB. die sogenannte Naturalrestitution verlangt, ist die Revision nicht besonders eingegangen. Zutreffend hat aber das Berufungsgericht darauf hingewiesen, daß einer solchen Begründung schon der Umstand entgegensteht, daß das maßgebliche Kaufgeschäft ein Spezieskauf ist, der seinem Wesen eine derartige Ersatzlieferung ausschließt. Die Revision war daher zurückzuweisen. (Aktenzeichen: I. 27/21. — 8. 6. 21.)

Vom Geestemünder Fischmarkt wird berichtet: In der Woche vom 20. bis 26. August wurden am Fischereihafen in Geestemünde 2 357 423 Pfund frische Seefische versteigert. Das Fangergebnis ist etwa so groß wie das der Vorwoche. Die Fische stammen aus 45 Fangreisen. Davon ging nur ein Dampfer nach Island mit einem Fangergebnis von 105 875 Pfund. 44 Dampfer gingen nach der Nordsee mit einem Durchschnittsfange von 511 Zentnern. Das Ergebnis ist nun etwa 75 Zentner höher als das der Vorwoche. Die vermehrte Anfuhr der Nordseedampfer ist hauptsächlich auf die massenhaft angebrachten Heringe zurückzuführen, zumal hier Nordenhamer Dampfer an den Markt kamen, die direkt auf Heringe gefischt hatten. Die Preislage war demzufolge auch in der ersten Hälfte der Woche sehr fest für Heringe, ging aber in der letzten Hälfte sehr zurück, weil Massenfänge und die heiße Witterung ihren Einfluß ausübten. Dagegen waren die Preise für andere Fischarten sehr fest, insbesondere für Platt- und Edelfische, da die Nachfrage noch immer groß und die Anfuhr gering ist. Bei der sehr großen Anfuhr von Heringen hatten Räuchereien und Salzereien sehr gut zu tun. Die Ware wird auch teilweise zu Marinaden verarbeitet und an Händler versandt. Das Geschäft mit Bratwaren hat wieder abgeflaut, da die Rohprodukte zu hoch im Preise stehen. Mit 14 Fahrzeugen brachten die Flußfischer nur ein geringes Quantum Fische von 1390 Pfund an, die gute Preise infolge lebhafter Nachfrage erzielten. Zwei Dampfer der Heringsund Hochseefischerei fuhren von ihrer Fangreise mit 500 Zentnern Heringe zurück, die in den Betrieben der Reederei verarbeitet wurden. Der Bahn rollten etwa 500 Tonnen Norweger und Schottenheringe an, die sofort verkauft wurden. Unter dem 8. August 1921 hat der Reichsernährungsminister die Einfuhr für Sardellenvorläufig bis zum 30. September 1921 freigegeben, so daß mit dieser Ware auch der langersehnte Handel einsetzen kann. In der Woche vom 19. bis 26. August lagen 53 Dampfer und Logger im Hafen und 45 gingen in See. Die Kohlenversorgung der Dampfer ist wieder sehr mangelhaft, was zur Folge hat, daß ein großer Teil im Hafen liegt und auf Besohlung wartet.

Devisen	1. 9. Geld	1. 9. Brief	31. 8. Geld	31. 8. Brief	Devisen	1. 9. Geld	1. 9. Brief	31. 8. Geld	31. 8. Brief
Holland Gld.	3767,25	3712,25	3722,25	3727,75	Dänemark K.	2177	2183	2177	2183
Dänemark K.	1918,05	1887,95	1913,05	1918,95	Tschech.-Sl. K.	192,95	192,95	192,45	192,75
Schweden K.	1864,15	1835,85	1860,80	1864,40	Spanien Pes.				
Norwegen K.	1151,30	1133,70	1178,30	1173,70	Amerika D.	86,41	85,09	82,25	86,45
Finnl. K. M.	124,03	124,65	125,70	125,30	Belgien Fr.	658,70	653,70	654,00	658,00
Schweiz Fr.					England £	318,15	318,85	320,15	320,85
Oest. (alt) K.	—	—	—	—	Frankr. Fr.				
D. Oest. kr.	10,15	10,02	10,08	10,12	Italien. Lire	330,40	301,60	378,00	378,00

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, vielfach heiter aber veränderlich bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im Nordwesten leichte Regenfälle, in den meisten anderen Gegenden trocken.